

23. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

2./3. Oktober 2004, Kiel. Ostseehalle

Grüne

Beschluss

GRÜNE Dienstleistungszentrale 2006

GRÜN ist seit mehr als zwei Jahren im Aufwind. Dies zeigen eindeutig unsere Wahlerfolge, aber auch die zahlreichen Neueintritte. Unsere Partei stößt inzwischen auf eine breite öffentliche Zustimmung, die weit über das "grüne Milieu" hinaus geht. Das spiegeln vor allem die Erfolge bei den Kommunalwahlen, Landtagswahlen und der Europawahl wieder, bei der wir mit 11,9 Prozent das historisch beste bundesweite Ergebnis erzielten und in 22 Städten über 20 Prozent der Wählerstimmen erhielten.

Diese Erfolge zeigen nicht nur ein hohes Maß an Vertrauen in uns, sondern auch eine enorme Erwartungshaltung an uns: Unsere Mitglieder und WählerInnen vertrauen auf die Zukunftsfähigkeit unserer Partei und unserer Politik und erwarten gleichzeitig, dass wir GRÜNE Politik qualifiziert, konsequent und professionell vertreten und durchsetzen. Wir verdanken die Erfolge nicht nur unserer programmatischen Überzeugungskraft und Geschlossenheit, sondern vor allem dem Engagement, der Vielseitigkeit und der Kreativität unserer Mitglieder.

Diesen Anforderungen müssen wir uns auch organisatorisch stellen. Wir können und wollen effizienter werden.

Herausforderung Bundestagswahl 2006

Der Bundestagswahlkampf 2006 ist eine enorme Herausforderung und eine Riesenchance für uns GRÜNE: Uns erwartet eine harte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner um die Grundausrichtung von Politik und Gesellschaft in diesem Land. Die Bundestagswahl 2006 wird sich nicht nur an den politischen Angeboten, der Bilanz unserer Regierungspolitik und an unserem Personalangebot, sondern natürlich auch an unserer organisatorischen Schlagkraft entscheiden. Eine umfassende Analyse unserer Organisation in der ersten Jahreshälfte hat ergeben, dass wir im Vergleich zu anderen Parteien strukturelle Defizite haben. Das überdurchschnittliche Engagement vieler Aktiver und FunktionsträgerInnen wird durch zahlreiche Ineffizienzen quasi aufgeessen. Das wollen wir ändern. Und zwar so rechtzeitig, dass wir die Verbesserungen im Bundestagswahlkampf wirksam nutzen können.



Dezentralität zur Stärke machen und die Bundesgeschäftsstelle als Dienstleistungszentrale effektiver machen

Unsere Partei benötigt einen leistungsfähigen organisatorischen Unterbau. Wir wollen unsere organisatorische Effektivität weiter entwickeln und dadurch unser größtes Potenzial noch besser nutzen: Den Wissens-, Erfahrungs- und Ideenschatz und das Engagement unserer Mitglieder und UnterstützerInnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind eine dezentral organisierte Partei. Das macht uns schneller im Entwickeln politischer Lösungen und beweglicher im Denken als die Volksparteien. Es zwingt uns jedoch auch, viel stärker als andere Parteien unsere knappen Mittel effizient einzusetzen.

Um bis zur Bundestagswahl 2006 auch organisatorisch besser zu werden als die anderen Parteien, wollen wir nicht deren Zentralismus kopieren, sondern im Gegenteil aus unserer Dezentralität eine Stärke machen. Unser Problem ist dabei oft, dass Ideen viel zu wenig weitergegeben werden. Um aus unserer dezentralen Struktur eine Stärke zu machen, brauchen wir also einerseits mehr Vernetzung. Darüber hinaus müssen wir effektive Lösungen in den Bereichen suchen, wo unsere fragmentierten Strukturen zu sinnloser Doppelarbeit führen. Etwa im Finanzbuchhaltungsbereich oder in der Struktur unserer Informationstechnologien. So können wir die größtmöglichen Ressourcen und Freiräume gewinnen, um unsere politischen Ideen weiterzuentwickeln und in politisches Handeln umzusetzen.

Wir wollen und müssen daher die Organisationsstrukturen unserer Partei weiterentwickeln. Das kann und darf kein abgekoppelter Prozeß nur für die Bundesgeschäftsstelle oder einzelne Landesverbände sein – vielmehr geht es um die gesamte Partei als lernende Organisation.

Laut Beschluss der BDK in Dresden vom 30.11.2003 wurde der Bundesvorstand beauftragt, gemeinsam mit den Landesvorsitzenden und den stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesfinanzrates die Finanzen des Bundesverbandes zu erörtern und der nächsten BDK Anträge für deren Konsolidierung vorzulegen. Aus einem Treffen der genannten Gremien resultiert die Einsetzung einer Finanzkommission, bestehend aus zwei Bundesvorstandsmitgliedern (Reinhard Bütikofer, Dietmar Strehl), zwei Landesvorsitzenden (Anja Hajduk, Raimund Nowak), zwei Mitgliedern des Bundesfinanzrates (Wolfgang Erichson, Jo Schroers) sowie einem Parteiratsmitglied (Jürgen Trittin). Parallel holte sich der Bundesvorstand externen Sachverstand von MitarbeiterInnen einer Unternehmensberatung, die von April bis Juni intensive Gespräche mit VertreterInnen aller Ebenen der Partei, Fraktion, Bundesregierung und Medien über die Erwartungen an und die Potenziale von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führten. Die folgenden Vorschläge basieren auf Diskussionen im Bundesvorstand, in der Finanzkommission, im Bundesfinanzrat und mit den Landesvorständen sowie auf Vorschlägen der UnternehmensberaterInnen.

Die BDK unterstützt das Ziel des Bundesvorstandes, gemeinsam mit den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes 2006 folgende Maßnahmen umzusetzen, die die gesamte Partei leistungsfähiger und effizienter machen, brachliegende Potenziale und Ressourcen nutzen und die Finanzschwäche auf allen Ebenen beheben helfen:

1. Bündelung von Finanzdienstleistungen auf Landesebene

Finanzbuchhaltung: Die BDK bittet die starken Landesverbände zu prüfen, ob durch ein Angebot an die Kreisverbände, die Buchhaltung zentral auf Landesebene zu erarbeiten, Synergieeffekte eintreten können. Die BDK beauftragt den Bundesvorstand, den kleineren Landesverbänden – inklusive ihrer Gliederungen - Angebote zur professionellen Buchhaltung zu machen. Über die Ergebnisse dieser Prüfungen soll in den Landesverbänden diskutiert werden. Die Entscheidung liegt bei den Landesverbänden.

Cash –Management: Die BDK beauftragt den Bundesfinanzrat in Absprache mit den Kreisverbänden geeignete Schritte zur Erhöhung der Einnahmen aus Geldvermögen einzuleiten.

2. Testphase GRÜNE HOTLINE

Die BDK begrüßt, dass ab Oktober 2004 für die Dauer von vier Monaten vom Bundesverband für eine Testphase die Erprobung einer gemeinsamen Auskunftsfunktion, der GRÜNEN HOTLINE, von montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr angeboten wird. Die GRÜNE HOTLINE soll die Auskunftsdienstleistungen der einzelnen Gliederungen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Über eine Beteiligung an der Grünen Hotline entscheiden die Landesverbände.

Die Service-Leistungen umfassen:

- die Annahme von Einzelanfragen für Infomaterial, Spendenflyer etc. und Weiterleitung an zuständige Stellen
- die Entgegennahme von Wünschen auf Mitgliedschaft
- die direkte Bearbeitung von einfachen Anfragen
- die Aufnahme und Weiterleitung von Anfragen an die zuständigen Landes- und Kreisverbände
- die Benennung von Ansprechpartnern auf Bundes- und Landesebene
- Auskunft zu aktuellen Debatten
- Service für Gliederungen, die kein Büro unterhalten können

Die GRÜNE HOTLINE wird von allen Gliederungen, die dieses Angebot nutzen wollen, beworben. Die Kosten für die Testphase von 5.000 Euro werden aus dem Bundesverbandshaushalt gedeckt. Mit Hilfe einer datenbankgestützten Erfassung wird rechtzeitig vor Ende der Testphase am 31.01.05 eine Entscheidung über die Fortführung und die dauerhafte Finanzierung dieser Service-Leistung in Abstimmung mit den Landesverbänden, die das Projekt weiterführen wollen und dem Bundesfinanzrat herbeigeführt.

3. Unterstützung strukturschwacher Landesverbände

Der Bundesvorstand wird gebeten, gemeinsam mit den Landesverbänden Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND die Einrichtung einer Stelle "MitarbeiterIn zur Unterstützung strukturschwacher Landesverbände" zu prüfen. Diese Stelle wird, sofern sie eingerichtet wird, durch Kostenbeiträge der betroffenen Landesverbände und der GRÜNEN Jugend finanziert. Sie soll AnsprechpartnerIn sein für die Koordination von zentralen Serviceangeboten, die über die Bundesgeschäftsstelle angeboten werden. Serviceangebote könnten zum Beispiel in den Bereichen Organisation, Personalwesen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildung entwickelt werden. Die schwachen Landesverbände und deren Vorstandsmitglieder sollen in ihrer Arbeit entlastet und unterstützt werden.

4. Vernetzung der grünen IT-Landschaften

Die BDK erteilt dem Bundesvorstand den Auftrag, den Prozess der Vernetzung grüner Informationstechnologien (IT-Landschaften) zu beginnen. Ziel ist zunächst der Aufbau eines gemeinsamen Datenbestandes für die Bereiche Adressverwaltung, Mitgliederverwaltung und Beitragsverwaltung, der

gleichzeitig eine Schnittstelle für die Buchhaltung bieten soll. Dieser Datenbestand umfasst alle Gliederungen, wobei jedoch die Zugriffsrechte für die einzelnen Gliederungen in den Landesverbänden individuell geregelt werden.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses wird eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen von Bundes- und Landesebene eingesetzt, die in enger Abstimmung mit dem Bundesfinanzrat arbeitet. Ein/e IT-BeraterIn wird in Zusammenarbeit mit dieser Arbeitsgruppe bis Ende 2004 eine detaillierte Projektbeschreibung (Pflichtenheft) erstellen, in dem die technischen und organisatorischen Anforderungen an das Projekt beschrieben werden. Dieses Pflichtenheft ist die Grundlage für eine Ausschreibung. Die Entscheidung über die einzusetzende Hard- und Software wird nach der Ausschreibung gefällt.

Der gesamte Prozess wird von einer/einem IT-BeraterIn begleitet. Über die Finanzierungsmodi entscheidet der Bundesfinanzrat. Bei der Software wird eine Open Source-Lösung angestrebt. Mittelfristig wird angestrebt, weitere Bereiche der grünen IT-Landschaft wie Internet, Extranet, E-Shop und Materialverwaltung besser zu vernetzen. Das zu installierende System muss daher erweiterungsfähig sein.

Vor dem Hintergrund der problematischen Erfahrungen der letzten drei Jahre bei Versuchen der Vernetzung innergrüner Datenverwaltung ist eine differenzierte Diskussion dieses sinnvollen Anliegens erforderlich. Dies kann nicht im Rahmen der haushaltsberatungen erfolgen. Fragen der Verfügungsgewalt der Landesverbände über die von ihnen erhobenen Daten, Fragen der Zugriffsrechte und Finanzierungsfragen bleiben ungeklärt. Hier kann eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen von Bundes- und Landesebene in Zusammenarbeit mit einer IT-Beraterin eine detaillierte Projektbeschreibung und technische Anforderungen entwickeln und eine Beschlussfassung vorbereiten. Eine spätere Befassung des Länderrates könnte eine mögliche Alternative zur weiteren Verfolgung des Themas sein.

5. Vernetzung von Kampagnen- und Aktionsideen

Die BDK fordert den Bundesvorstand auf, eine befristete Stelle "Green Associate¹ für Aktionen & Kampagnen" ab Mitte 2005 zu schaffen. Die Stelle ist bis Ende 2006 befristet und wird anschließend evaluiert. Die Kosten von jährlich 18 000 Euro werden aus dem Etat des Bundestagswahlkampfes 2006 gedeckt. Der Aufgabenbereich umfasst die Recherche möglicher Aktionen und Kampagnen, den Aufbau und die Pflege eines zentralen Informations-Pools mit Aktionen und Kampagnen, die Konzeption und Ausarbeitung von Aktionspaketen und Kampagnen, die Beobachtung von Aktionen anderer Parteien und von Verbänden. Der/die Green Associate ist AnsprechpartnerIn für Landes- und Kreisverbände bei der Entwicklung von Aktionen und Kampagnen.

6. Unterstützung von Wahlkämpfen in den Bundesländern

Die BDK unterstützt, dass der Bundesvorstand eine befristete Stelle "WahlkampferferentIn Bundesländer" ab Mitte 2005 schafft. Der/die WahlkampferferentIn ist ExpertIn und AnsprechpartnerIn für WahlkämpferInnen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Er/sie stellt Expertise bereit, berät Landes- und Kommunalverbände, organisiert Schulungen für WahlkämpferInnen und vernetzt die

¹ Das Green Associate-Programm gibt jungen HochschulabsolventInnen die Chance, die Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kennenzulernen und für den Bundesvorstand eigenständig Projekte zu bearbeiten. Die Associates erhalten einen auf zwei Jahre befristeten Vertrag und verdienen monatlich 1500 € brutto. Das Programm bietet die Chance, die Partei für junge, gesellschaftlich engagierte Menschen zu öffnen, die nach zwei Jahren wieder aus der Partei in die Gesellschaft hinein wechseln oder in der Partei neue Aufgaben übernehmen.

Wahlkampf-Aktivitäten verschiedener Landtags- und Kommunalwahlkämpfe untereinander sowie mit der Bundesebene. Die Stelle ist bis Ende 2006 befristet und wird evaluiert. Die Kosten dieser Stelle werden aus dem Wahlkampfetat gedeckt.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, das die Möglichkeiten der innerparteilichen Kommunikation zwischen der Basis und der Bundespartei weiter verbessert.

7. Fundraising

Die BDK begrüßt, dass der Bundesverband inzwischen in verschiedenen Bereichen des Fundraising Erfahrung hat sammeln können, die es gilt weiter auszubauen. Spendenaufrufe an Parteimitglieder, Fördermitgliedschaften, Sponsoringmaßnahmen auf Parteitagen, Spendeneinerbung von Unternehmen, Anzeigenaquis im Schrägstrich sind die Werkzeuge, die in den letzten Jahren dringend notwendige Zusatzeinnahmen bewirkt haben. Der Bundesvorstand hat jetzt aufbauend auf diesen Erfahrungen den Arbeitsbereich weiter ausgebaut. So ist zur Vorbereitung der BDK in 2005 und als Unterstützung für den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2006 eine befristete Stelle (green associate) eingerichtet worden, die sich aus den Einnahmen finanzieren wird.

Die Hauptaufgabe besteht im Einwerben von Spenden und Sponsoringmaßnahmen von Unternehmen.

Umsetzung der Beschlüsse

Die Umsetzung der Beschlüsse wird ein Beirat aus VertreterInnen von Bundesverband, Landesverbänden, Kreisverbänden und Bundesfinanzrat begleiten. Zur Besetzung soll der Bundesvorstand dem Parteirat bis zum 01. November diesen Jahres einen Vorschlag unterbreiten.

Sämtliche in dem Paket enthaltenen Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Die Maßnahmen dürfen weder zu Haushaltsüberschreitungen im Wahlkampfetat noch in den laufenden Haushalten führen. Die zuständigen Gremien der Partei beraten und entscheiden über Inhalt und Finanzierung.